

Lob für Hannover, Kritik für Berlin

CDU-Neujahrsempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Hesedorfer „Logehuus“

Von Theo Bick

BREMERVÖRDE ▪ Vor einem Jahr hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU noch mit Spannung auf die bevorstehenden Wahlen in Niedersachsen und auf Bundesebene geblickt. Beim Neujahrsempfang des MIT-Kreisverbandes Rotenburg am Sonntag im Hesedorfer „Logehuus“ war es Zeit für eine erste Einschätzung der Ergebnisse in Hannover und Berlin.

Dem Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann (CDU) schlug nach den Ergebnissen der Sondierungsgespräche mit der SPD deutlich mehr

Skepsis entgegen, als den beiden CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Marco Mohrmann und Eike Holsten nach der zügigen Regierungsbildung in Niedersachsen.

So sah es unter anderem auch Bremervördes Bürgermeister Detlev Fischer (CDU) mit Blick in die Landeshauptstadt. Nun könne die neue Regierung das „grüne Getrödel“ in Sachen Infrastruktur ad acta legen, hofft Fischer, der der neuen Landesregierung zielgerichtete Arbeit attestiert. „Das, was in Hannover gelungen ist, muss nun schnellstmöglich in Berlin klappen“, forderte Bremervördes Stadtoberhaupt. Auch

Friedrich Michaelis, Vorsitzender des MIT-Kreisverbandes Rotenburg hielt mit der Kritik nicht hinterm Berg. Erneut sehe es so aus, als würde eine sich anbahnende „Gro-Ko“ den Mittelstand nicht entlasten. Insbesondere aufwendige Dokumentationspflichten und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung seien aus Sicht mittelständischer Unternehmer zu kritisieren.

Letzteres bezeichnete auch Oliver Grundmann als Kröte, die die Union in den Sondierungsgesprächen habe schlucken müssen. Dafür seien SPD-Forderungen wie die Bür-

gersicherung oder einen höheren Spitzensteuersatz abgewehrt worden.

„Das Wahlergebnis war ein Denkwort für das, was nicht gut gelaufen ist“, sagte Grundmann. Das seien in der vergangenen Legislaturperiode insbesondere die Bereiche innere Sicherheit und Migration gewesen. Dort kündigte Grundmann künftig eine stringenter Gangart an: „Wir haben aus dem Wahlergebnis unsere Lehren gezogen. Wir müssen wissen, wer, in welcher Absicht unser Land betritt.“ Konkrete Maßnahmen in der Zuwanderungspolitik seien unter anderem die Aussetzung des Fa-

miliennachzuges oder die Altersbestimmung von Flüchtlingen. „Wer unter 18 Jahren alt ist, muss das belegen können, oder sich einer Untersuchung unterziehen“, sagte der Christdemokrat.

Weniger von der aktueller Tagespolitik geprägt war der Vortrag von Gastredner Oberst Christian von Blumröder. Der Kommandeur des Fallschirmjägerregiments 31 aus Seedorf stellte die Aufgaben und Fähigkeiten der ihm unterstellten Soldaten vor. Er bedankte sich insbesondere für den starken Rückhalt der Bundeswehrstandorte in Seedorf bei der Bevölkerung genieße.